

Archiv

Vereinigung der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

29. JUNI 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XXI/119

Bonn, den 26. Juni 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1-2

Zurück zur Suche

6-

Das Parlament und der Bericht des Wehrbeauftragten
Von Werner Buchstaller, MdB

3

Hassel trat fehl

51

Was der Verteidigungsminister nicht hatte tun dürfen
Von Fritz Sanger, MdB

4

Um Schleswig-Holstein verdient gemacht

51

Zum 60. Geburtstag von Walter Damm

11

Einziges Antwort: Verbot

23

Zum geplanten SS-Treffen in Kempten

13

Das Clotto in Erich Mende

24

Zu einer Fernsehdebatte

21-6

Grinas fortiger Kommandant

75

Schwindendes Prestige des Kreml
Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Zur Zeit verantwortlich: Albert Syler

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (022 21) Geschäftsführung 219 01, App. 319 • Redaktion: 218 33 • Telex: 8 898 830

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Zurück zur Sache

Das Parlament und der Bericht des Wehrbeauftragten

Von Werner Buchsweiler MdB

Der Plenarsaal und die Presse- und Zuhörertribünen des Deutschen Bundestages waren voll besetzt. Der Bericht des Wehrbeauftragten und seine Äußerungen in einer deutschen Massen-Illustrierten standen zur Debatte. Der Wehrbeauftragte selbst konnte wegen seiner angegriffenen Gesundheit nicht dabei sein.

Der sachliche Auftakt im Verteidigungsausschuß und im Plenum des Bundestages hob sich wohltuend vom Sturm in deutschen Blätter und Illustriertenwelt ab. Mit dem Brief des Herrn Wehrbeauftragten an Dr. Gerstenmaier und der sachlichen Erklärung des Bundestagspräsidenten vor den Hohen Haus war die goldene Brücke zur leidenschaftlichen Erörterung der aufgeworfenen Probleme geschlagen. Es ist bedauerlich daß weder der Herr Bundeskanzler, noch die Sprecher der Koalitionsparteien um den Weg zur Sachdiskussion bemüht waren. Statt zu urteilen verurteilten sie und polemisierten, wo es einer Diskussion bedurfte. Der Herr Bundeskanzler wandte sich gegen Verallgemeinerungen und Überspitzungen, in dem er Verallgemeinernd und Überspitzt zur Person Stellung nahm und zur Sache schwieg und die Sachdiskussion mit marktschreierischer Polemik auf das Gleis parteipolitischer Taktik schickte. Es ist fraglich, ob er mit dieser Methode seiner Fraktion einen guten Dienst erwiesen hat. Den positiven Kräften in der Bundeswehr und der Verantwortung für die Bundeswehr hat er jedenfalls einen schlechten Dienst erwiesen. Wenn man Bundeskanzler Erhard und die Sprecher der Koalitionsparteien hörte, versteht man, was der Wehrbeauftragte in seinem Bericht an das Parlament vorsichtig umschrieben hat: Die Auseinandersetzung um die Grundsätze der Inneren Führung ist nicht in erster Linie ein militärisches, sondern ein politisches Problem.

Der Alarmruf des Wehrbeauftragten klang schrill, manchen zu schrill. Die Selbstgefälligkeit der Regierungsbank konnte er offensichtlich nicht erschüttern. Die Sorgen der Bundeswehr und um die Bundeswehr sind nicht nur ein Anliegen des Wehrbeauftragten, sondern des ganzen Parlaments und der verantwortlichen Bundesregierung. Davon war bei den leeren Deklarationen des Bundeskanzlers nichts zu spüren.

Das Bekenntnis zur Landesverteidigung und zu den bewaffneten Streitkräften unseres Volkes ist bei allen Fraktionen des Bundestages

unumstritten. Der Herr Bundeskanzler hat in dieser Hinsicht bewußt am gestellten Thema vorbeigeredet. Es geht um die Integration der Bundeswehr in unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung, es geht um die Vereinbarkeit militärischer Notwendigkeit mit der verbrieften Unantastbarkeit der Menschenwürde. Vor diese Aufgabe sind wir heute nicht weniger gestellt als zu Beginn des Aufbaus der Bundeswehr. Wer das nicht sieht oder bewußt verleugnet ist ein Tor.

In den Leitsätzen der Inneren Führung der Bundeswehr ist das Bild des demokratischen Staatsbürgers mit den Forderungen an den modernen Soldaten unserer Zeit in Übereinstimmung gebracht. Von dieser Erkenntnis muß die Bundeswehr überzeugt und durchdrungen sein. Das es nicht genügt, eine solche Einstellung zu befehlen, sollte sich auch bis zum Bundesverteidigungsminister und dem Bundeskanzler herungesprochen haben.

Für einen großen Teil der Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr ist diese Haltung Grundlage ihres Handelns. Für einen großen Teil - aber längst nicht für alle. Es ist der Sache nicht dienlich, das verschweigen zu wollen. Es gilt weiter zu überzeugen - es gilt aber auch, Unbelehrbaren das weitere Wirken in der Bundeswehr zu verwehren. Ein schlechter Soldat schadet mehr als er nützt.

Der Verteidigungsausschuß des Bundestags hat gut daran, den Bericht des Wehrbeauftragten mit dem gebotenen Ernst und der notwendigen Gründlichkeit zu erörtern. Es ist an der Zeit, daß die Sache selbst wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen und notwendigen Entscheidungen gestellt wird. Daß der Herr Bundeskanzler nicht bereit war, dazu einen sachlichen Beitrag zu leisten, enthebt das Parlament nicht von dem Auftrag, das Wohl unserer Bürger, mit und ohne Uniform, zum Ausgangspunkt aller Überlegungen zu machen.

+ + +

Hassel trat fehl

Was der Verteidigungsminister nicht hätte tun dürfen.

Von Fritz Sänger, MdB

Unmittelbar neben dem Kanzler saß der Bundesminister der Verteidigung, als der Bundestag am Donnerstag den Bericht des Wehrbeauftragten des Bundestages ansprach. Es war nicht vorgesehen - und wer sich einen redlichen Sinn bewahrt hat, der weiß, daß es auch unzulässig war - den Bericht bereits wertend zu erörtern. Denn er enthält Feststellungen des Berichterstatters, des Admirals a.D. Heye, deren Zuverlässigkeit bestritten wird. Also muß erst einmal untersucht werden, ob eine Wertung möglich und statthaft ist. Der Verteidigungsausschuß nimmt die ihm zustehende Arbeit auf. Das Parlament wird das Ergebnis prüfen und dann urteilen.

Der Verteidigungsminister indessen wußte schon längst alles besser. Kai Uwe von Hassel wußte sogar schon Stunden nach der Veröffentlichung des offiziellen Berichts, daß der Wehrbeauftragte des Bundestages "falsche" Behauptungen aufgestellt, daß er der Bundeswehr, daß er dem Vaterland "Schaden zugefügt" habe. Um eine klingende Phrase ist von Hassel nie verlegen.

Vor ihm saßen in einer CDU-Versammlung Hausfrauen, und er überschüttete sie mit einer Kritik an dem Wehrbeauftragten. Vor ihm standen aber auch im weiten Rund Rekruten der Bundeswehr, die zur feierlichen Verteidigung angetreten waren. Das war in Neumünster. Der Bundesminister der Verteidigung fand es angebracht, in dieser Feierstunde vor aller Öffentlichkeit und vor den jungen Soldaten stehend und mit dem Vokabular einer längst versunken geglaubten Welt zu politisieren und zu politisieren.

Seine ungezähmte Attacke traf eine im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte Institution. Er wird erwidert wollen, daß der Bericht und die Tatsache der Veröffentlichung in einer illustrierten Zeitschrift Ziel seines Angriffs gewesen sein sollten. Findet es, findet auch der Bundeskanzler, daß der "Pornichler" des einen den Ecktritt des anderen, des Ministers, rechtfertigt? Indem der Bundesminister die Handlungsweise des Wehrbeauftragten vor den Rekruten - und vor nicht wenig erstaunten Offizieren - rügte, beging er einen sehr viel schlimmeren Fehler und zog zugleich die Frage nach der Souveränität des Parlaments, das auch der Regierung, auch dem Minister vorgeschrieben ist, in die Niederung seines politischen Eifers.

Der Wehrbeauftragte und sein Inn unterstehen der Kontrolle des Bundestages, nicht des Bundesministers oder des Bundeskanzlers. Der Wehrbeauftragte durfte vor allem niemals vor den jungen Soldaten infrage gestellt werden. Schon er helfen soll und will, auch in ungewöhnlicher und schwieriger Situation ein waches Bewußtsein von den staatsbürgerlichen Pflichten und Rechten zu beweisen, aus denen sie, ob in Bürgerrock oder in Uniform, nicht entlassen werden. Zivilcourage zeichnet ein Volk aus. - Wenn es eines Beweises dafür bedürft hätte, daß es die Denkweise der Sonderstellung des Uniformträgers wirklich gibt, von der im Bericht des Wehrbeauftragten die Rede ist, - der Bundesminister der Verteidigung hat durch sein Auftreten vor den jungen Soldaten den Beweis dafür geliefert.

Um Schleswig-Holstein verdient gemacht

Zum 60. Geburtstag von Walter Damm

ld. - Der Landesvorsitzende der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten, Walter Damm, wird am 27. Juni 60 Jahre alt. Damm ist einer der großen profilierten Landespolitiker im nördlichen Bundesland. Von 1947 bis 1955 war er in den sozialdemokratischen Kabinetten Lüdeman und Dickmann Sozial- und Wohnungsbauminister. Es war zu einem Zeitpunkt, da über eine Million Vertriebenen aus den Ostern nach Schleswig-Holstein strömten, wo zur gleichen Zeit die englische Besatzungsmacht schntausende von Arbeitsplätzen demontieren ließ. Der für die Landesplanung verantwortliche Walter Damm erdnete die noch heute gültige Planung für die Ansetzung neuer Industriezentren an. Er ergriff die Initiative für die gelenkte Umsiedlung von über 400.000 Heimatvertriebenen in andere Bundesländer, wo sie Arbeit und Wohnung bekamen.

Zugleich gelang es den sozialdemokratischen Politiker mit Hilfe der amerikanischen Gewerkschaft NFP-Gelder ins Land zu bekommen. Das große Rennen für die Heimatvertriebenen in der Form von 30-35 Social-Wohnungen begann und wurde in der ganzen Bundesrepublik zum Vorbild. Bausis, als man im verarmten Schleswig-Holstein die Bausen nur durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten besoldern konnte, wurden unter neuen kaum noch vorstellbaren Schwierigkeiten 35-40 neue Wohnungen errichtet. Walter Damm weiß ein Lied davon zu singen, mit welchem persönlichen Einsatz und welchen persönlichen Verzicht diese Arbeit geleistet werden mußte.

Nachdem eine bürgerliche Koalition mit Hilfe der Vertriebenen-Partei die sozialdemokratische Regierung im September 1950 abgelöst hatte, wurde Walter Damm der Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat" in Kiel und sein Aufgabengebiet war wiederum der großangelegte Wohnungsbau für ganz Schleswig-Holstein. Mit Hilfe neuer finanztechnischer Methoden gelang es ihm, hunderte von Millionen DM in das finanzarme Bundesland zu ziehen. Inzwischen sind zehntausende von modernen Sozialwohnungen gebaut worden und gerade in diesen Monaten kann man am Rande Kiels neue Trabantenstädte sehen, welche auf Damm Initiative von den gewerkschaftlichen Wohnungsbaunternehmen hochgezogen werden.

Walter Damm wurde am 27. Juni 1904 in Wardebeck geboren und nahm schon nach dem Besuch der Volksschule 1926 ein zweijähriges Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main auf. Seine Tätigkeiten als Gewerkschaftsfunktionär und Gemeindevertreter endeten 1933. Sofort nach 1945 stand er wieder seiner Partei, der SPD, zur Verfügung. Zwei Jahre war er dann Landrat in dem volk- und industriereichen Kreis Pinneberg. Dann folgten das Ministeramt und das des Geschäftsführers bei der "Neuen Heimat".

Am 13. März 1955 wurde Walter Damm auf dem Parteitag in Lübeck zum Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten gewählt. Seitdem hat seine Partei im Norden bei jeder Wahl mehr Stimmen angezogen und sich im Wettlauf mit der CDU glänzend geschlagen. Die Sozialdemokraten fanden Sympathien in Bevölkerungskreisen, die in der Weimarer Zeit niemals für sie gestimmt hätten. Noch nie waren die Beziehungen zur Landbevölkerung und zur Bundeswehr so eng wie jetzt. Es gibt viele Ansatzpunkte dafür, daß Walter Damm die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins im Frühjahr 1967 wieder in die Regierung führen wird.

Einziges Antwort: Verbot

Zum geplanten SS-Treffen in Münster-Eifel

M.G. - Eine Internationale von ehemaligen SS-Männern aus Belgien, Holland, Frankreich und der Bundesrepublik beabsichtigt, im Juli in Münster-Eifel ein Treffen zu veranstalten. Offenbar wurde die Bundesrepublik deshalb als Tagungsstätte auserkoren, weil die jenseits unserer Grenzen lebenden Teilnehmer vor Gericht gestellt würden, wenn sie in ihren Ländern die gleiche Provokation gewagt hätten. Allmählich scheint es in Bonn zu kommen, daß die Bundesrepublik für den Neonazismus zum Ausschlaggebenden wird. Erst jüngst wurden einige mehr als zweifelhafte amerikanischen Historiker für eine Rechtfertigungsschrift der Politik Hitlers abgemahnt, und was sich in den USA als unbügglich erwiesen hatte, war in der Bundesrepublik kein Problem. Das Pamphlet fand einen Verleger. Wenn diese Schule recht, werden wir auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eines Kontaktes der Verteilung von Preisen zur Verteidigung der nationalsozialistischen Außenpolitik erleben.

Bereits damals wurde der Ansehen der Bundesrepublik im Ausland durch dieser Gebaren geschädigt. Deshalb bedarf es gar keiner Frage, daß die Durchführung des geplanten Zusammenkunft wiederum Zweifel an der Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik wehren wird. Die unangenehme Bekämpfung des Radikalismus - gleich welcher Farbe und Herkunft - ist eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung, um beispielsweise bei den Menschen der mit uns verbündeten Staaten Verständnis für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu finden. Dieser und noch viele andere Gründe haben den Abgeordneten im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, veranlaßt, von der Bundesregierung das Verbot der SS-Veranstaltung zu fordern. Die Landesregierung hat hier eine gute Gelegenheit, zu beweisen, daß der demokratischen Demokratie des In- und Auslandes oft erhabene Verdienst, solche offiziellen Stellen würden der Rechtsextrémismus nicht genügend Beachtung schenken zu Unrecht besteht.

Das Glätte in Erich Wende

so - Erich Wende hat sich in der Fernseh-Fragestunde "Zur Person" verantwortungsvoll gegen die Brillantine gestellt. Die er sich angeblich in sein gelocktes Haar streicht, um immer hübsch glatt zu sein. Da Brillantine nicht, wird auch dieser Aufschrei einer gesüßten Seele (und Erich Wende gab offen zu, daß ihn dieser Kränke) künftig nichts an dem Kabarettischen von Erich Wende ändern; auch das Ritterkreuz wird weiter an seinen Anhängern haften, wenn er jetzt kund und so wissen tut, daß er es auf Scheiß des verstorbenen Theodor Heuss hin zur Brack vorgeführt habe. Das aber sind alles nur handwahrheiten: Die Befragung "Zur Person" hat männiglich kundgetan, daß der FDP-Vorsitzende auf alles und jedes eine komplett abgerundete Antwort parat hat, die so glatt dahinfließt, als sei ihr Weg mit Brillantine geglättet. Von ihm zugehörtet Ringelherren abgesehen, daß er wohl doch zu viel rede ("Mag sein ..."), gab und gibt es in dem Leben und Wirken des Erich Wende nichts, aber auch gar nichts, was nicht abgesichert, rund, glatt, abgerundet und immer von anderen zu verantworten wäre. Wer wie Fernsehfrager Günter Gauß dennoch leisen Zweifel daran hegen sollte, der antwortet Erich Wende: "Ich muß es ja schließlich wissen!"

Chinas farbiger Kommunismus

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der ideologische Konflikt, der zwischen Moskau und Peking ausgebrochen ist, entwickelt eine politische Dynamik, die die erstarrten Fronten der Welt-Politik wieder in Bewegung bringt. Die Thesen Chinas, daß die sowjetischen Kommunisten im Begriffe seien, zu weltbürgerlichen, eine revisionistischen Politik zu betreiben und die Weltrevolution zu verneinen, haben in vielen kommunistischen Hirnen gezündet. Die Folge ist, daß sich die Kommunisten in aller Welt spalten und Fraktionen entstehen, die sich an Rotchinas Politik orientieren. Dadurch schwindet das Prestige der Machthaber im Krewl. Ihre führende Rolle in der kommunistischen Welt wird durch Rotchina infrage gestellt. Die Auslegung der kommunistischen Ideologie und die Festsetzung der weltweiten Strategie will nunmehr China in eigene Hände nehmen.

Dieser Bruch wird in der westlichen Welt allenthalben mit einer gewissen Befriedigung registriert. Spaltung gilt von jeher als fatale Schwächung der inneren Kraft einer politischen Bewegung. Hinzu kommt, daß der Ostblock seinen monolithischen Charakter verloren hat. Die Einheit des Kommunismus gehört der Vergangenheit an.

Was uns jedoch nachdenklich stimmen sollte, ist die Tatsache, daß diese für den Weltkommunismus nachteiliger Konsequenzen den scharfsinnigen Rotchinesen vor Anfang an bewußt waren. Trotzdem begannen sie ihre ideologische Offensive und nahmen schwerwiegende Nachteile mit in Kauf. Welche Gründe mag es dafür geben?

Peking und die Entwicklungsländer

Sie werden erkennbar, wenn man den politischen Kern des ideologischen Konfliktes betrachtet. In der Hauptsache geht es um die Frage, wie der Sozialismus kommunistischer Prägung in den Ländern außerhalb der Sowjetunion aufgebaut werden soll. In diesem Zusammenhang stört es die Rotchinesen, daß die Sowjets ihre Entwicklung zum Kommunismus als Modellfall hinstellen und von den anderen Völkern verlangen, die subjektive Entwicklung nachzuvollziehen. Aus diesem Grunde fordern die Ideologen Mao Tse-tungs, daß sich die Völker in aller Welt beim Aufbau des Kommunismus "auf ihre eigene Kraft" verlassen sollen.

Das bedeutet, daß der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung von den besonderen Gegebenheiten her vollzogen werden muß, die sich in den jeweiligen Ländern bietet. Damit wird das Dogma Moskaus außer Kraft gesetzt, daß die Herrschaft des Industrie-Proletariats (Arbeiterklasse), die alleinige Voraussetzung für den Aufbau des Kommunismus sei. Hier begreifen sich die Rotchinesen primär als politische Führer eines Entwicklungslandes und nehmen die ideologische Korrektur hauptsächlich im Hinblick auf die besondere Situation der Entwicklungsländer vor. Da die Entwicklungsländer alle reine Agrarländer sind, muß bei ihnen ein anderer ideologischer Ausgangspunkt für eine Entwicklung zum Kommunismus hin geschaffen werden. Würden doch alle Vorstellungen von einem asiatischen oder einem afrikanischen So-

28. Juni 1964

zialisismus in einem tradierten Gemeinschaftsdenken, das in irgendeiner Weise mit dem asiatischen oder afrikanischen Heimatboden verknüpft werden muß. "Wir sind alle Kinder desselben Bodens", sagt Tom Kibaya in seinem Buch: "Freiheit - und was kommt dann?" Offensichtlich entspringt soziales Denken in Afrika mythischen Quellen. Innerhalb deren die Freiheit einen zentralen Wert bildet.

Verzicht auf das Primat der Arbeiterklasse

Aus diesem Grunde mußten sich von Anfang an die asiatischen und afrikanischen Sozialisten von Moskau distanzieren, weil ihr Idealbild eines modernen Menschen nicht der Industrie-Roboter, sondern der freie Mensch auf befreitem Land ist. Diese für die kommunistische Entwicklung in der Welt gefürchtete Tatsache wurde von den Rotchinesen erkannt. Sie haben daher sofort die ideologische Korrektur vorgenommen und versucht, die kommunistische Ideologie den besonderen Gegebenheiten in den Entwicklungsländern anzupassen. Man kann ihre neue Sicht als "farbiger Kommunismus" bezeichnen, dessen Verkörperung die Chinesen zwangsläufig in die Rolle der farbigen Nation in der Entwicklungswelt bringt.

In diesem Sinne handeln sie auch, und zwar gegen das politische Interesse Moskaus. Selbst noch ein Entwicklungsland, investieren sie beträchtliche Gelder, um ihrer Ideologie in den Entwicklungsländern zum Durchbruch zu verhelfen. Sie verzichten bewußt auf zwei wesentliche Elemente des klassischen Kommunismus: Das Primat der Arbeiterklasse und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Industrialisierung, wodurch die Klassenkampf-Theorie überflüssig wird. Dafür setzen sie den Gegensatz armer und reicher Nationen und fördern ihre Anhänger auf. Unter diesem Aspekt die Weltrevolution weiter voranzutreiben.

Die interessante politische Konsequenz dieser Ideologie ist die Tatsache, daß dadurch die Sowjetunion auf die Seite der reichen Nationen gehoben wird, während das China Mao Tse-tungs als die einzige noch mögliche und führende Nation in diesem Kampf erscheint.

Wir müssen daher in Zukunft damit rechnen, daß in Afrika und Asien die Entwicklung zum Sozialismus von China her beeinflußt wird. Das Ergebnis wird sein, daß diese Völker von neuen Revolutionen erschüttert werden, wie es bereits in Sansibar der Fall war und in Kongo neuerdings wieder ist.

Die ideologische Offensive des farbigen Kommunismus ist in vollem Gange.